

Wahlzeitung zur
Bundestagswahl am
26. September 2021

Sachsen-Anhalt

Jetzt!

DIE LINKE.



Janine Wissler und Dietmar Bartsch
führen DIE LINKE in die Bundestagswahl.
Das große Interview auf Seite 3

Dafür setzen wir uns ein:

- ✓ 13 Euro Mindestlohn
- ✓ Mietendeckel gegen Mieterhöhungen
- ✓ Vermögensteuer für Millionäre, um in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz zu investieren
- ✓ Rente ab 65 Jahre, 1.200 Euro Mindestrente
- ✓ Grundlos befristete Arbeitsverträge abschaffen
- ✓ Statt Hartz IV: Mindesteinkommen von 1.200 Euro
- ✓ Mehr Personal und bessere Bezahlung in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- ✓ Industrie klimaneutral bis 2035
- ✓ Waffenexporte verbieten

Für soziale Gerechtigkeit

Es muss sich etwas ändern in diesem Land. Die Mieten steigen seit Jahren schneller als Löhne und Renten. Immer mehr Menschen droht Altersarmut. Drei Millionen Kinder wachsen in Armut auf. Dabei leben wir in einem reichen Land. Manager*innen verdienen Millionen und Konzerne schütten Dividenden aus, während sie gleichzeitig Kurzarbeitergeld kassieren. Ihre Interessen haben Vorfahrt vor Mensch und Natur. Deshalb geht es ungerecht

Reiche sind während Corona noch reicher geworden. Wir wollen das Geld zurück! Für eine soziale und ökologische Zukunft für alle. Seite 8

zu und der Kampf gegen den Klimawandel kommt nicht voran. Obwohl Millionen Menschen auf der Flucht sind, exportiert die Bundesregierung weiter Waffen und steckt Milliarden in die Aufrüstung. Das ist Deutschland nach 16 Jahren CDU-Regierung. Wir sagen: Die CDU muss endlich in die Opposition! Wenn es besser sein soll, muss es anderes werden. Das geht nur durch eine andere Politik. DIE LINKE macht Politik für die Vielen,

die den Laden am Laufen halten, nicht für die Wenigen, die sich bereichern. Löhne und Renten sollen steigen, damit Menschen ohne Angst vor Armut leben können. Krankenhäuser sollen Menschen gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Millionäre und Konzerne sollen sich endlich wieder angemessen an der Finanzierung der Aufgaben beteiligen, die für uns alle wichtig sind. Dann ist Geld genug da. Für gute Kitas und Schulen, für Schwimmbäder und schöne Parks, für moderne Busse und Bahnen, für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Wählen Sie deshalb DIE LINKE. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Jetzt!

Gesundheit ist keine Ware!

In Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht Notstand. Stationen sind unterbesetzt, Pflegekräfte halten den Stress nicht mehr aus und verlassen den Beruf. In der Corona-Krise sind die Mängel offensichtlich geworden. Jahrelang wurden die Krankenhäuser und Pflegeheime auf Profit getrimmt. Das Gesundheitswesen ist zum Tummelplatz von Konzernen verkommen. DIE LINKE will das ändern. Krankenhäuser sollen gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Wir brauchen dringend neue Pflegekräfte. Seite 2



Am 26. September
DIE LINKE wählen

Ihre Stimme zählt! Falls Sie am Wahltag verhindert sind, können Sie ihre Stimme schon vorher per Brief abgeben. Doch die Verfahren können kompliziert sein. Das muss nicht sein. Tragen Sie sich in unseren Briefwahlwecker ein und wir werden Sie rechtzeitig informieren: www.briefwahlwecker.de

Jetzt
Briefwahl!

Unser Preisrätsel

Klimabewusst unterwegs: Gewinnen Sie ein brandneues E-Bike oder einen Reisegutschein für die Deutsche Bahn bei unserem Preisrätsel auf Seite 5.

Personalmangel gefährdet Ihre Gesundheit

Schluss mit dem Pflegenotstand – DIE LINKE will 200 000 neue Stellen für Krankenhäuser und Pflegeheime.

Deborah Pihan liebt ihren Beruf – und verzweifelt an ihm. Die 36-Jährige ist Gesundheitspflegerin am Klinikum Erlangen und brennt dafür, Menschen zu helfen. »Es ist mein Traumjob«, sagt sie, »aber es ist verdammt hart, dass ich ihn immer seltener so ausüben kann, wie es die Patient*innen verdienen.« Schuld ist der Personalmangel: Zeitdruck und Hetze bestimmen ihren Arbeitsalltag. »Am meisten leiden darunter die Patient*innen«, sagt sie. Mindestens 100 000 Fachkräfte fehlen in deutschen Krankenhäusern. Überall versuchen Pflegekräfte, die Personallücken mit persönlichem Einsatz zu füllen – oft über ihre Kräfte hinaus. Rund eine halbe Million von ihnen hat in den vergangenen 20 Jahren den Job geschmissen. Viele von ihnen würden gerne in ihren Beruf zurückkehren, wenn Arbeitsbedingungen und Löhne besser wären.



»Ich wähle DIE LINKE, weil es höchste Zeit ist, dass es im Krankenhaus nicht mehr um Profite, sondern um Patient*innen geht!«
Dana Lützkendorf,
Intensivpflegerin

Doch warum ist das so? Unser Gesundheitssystem wurde gnadenlos auf Profit getrimmt. Hunderte Krankenhäuser mussten schließen oder wurden an private Konzerne verkauft. Kliniken erhalten für jede Diagnose einen Festbetrag, eine Fallpauschale. Operationen an Hüfte und Knie bringen Gewinne, andere Behandlungen rechnen sich nicht mehr. Für Krankenhäuser ist es lukrativ, möglichst viele Fälle in kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal zu behandeln. Für die Versorgung von Patient*innen ist das eine Katastrophe, für private Konzerne hingegen ein gutes Geschäft. Der Personalmangel ist also gewollt.

In der Altenpflege fehlen rund 100 000 Pfleger*innen. Mit Pflegeheimen machen private Unternehmen hohe Gewinne. Der Eigenanteil beträgt mitunter mehr als 2.000 Euro. DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Pflegevollversicherung ein: Wenn alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen, entfallen die Eigenanteile für alle.

DIE LINKE will diese Entwicklung umkehren und den Personalnotstand beenden: Sie will per Gesetz dafür sorgen, dass in allen Kliniken ausreichend Personal zum Einsatz kommt. Pflegekräfte erhalten künftig monatlich 500 Euro mehr. Krankenhäuser sollen wieder gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Sie gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand. Ihre Finanzierung muss sich nach dem Bedarf richten. Dazu dient die Solidarische Gesundheitsversicherung: Sie beendet die Zwei-Klassen-Medizin und sorgt dafür, dass ausreichend Pflegepersonal für die bestmögliche Gesundheitsversorgung bezahlt werden kann. Das nutzt Pflegekräften und Patient*innen.

endet die Zwei-Klassen-Medizin und sorgt dafür, dass ausreichend Pflegepersonal für die bestmögliche Gesundheitsversorgung bezahlt werden kann. Das nutzt Pflegekräften und Patient*innen.



Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung



linksaktiv.de



Mach mit – beim Wahlkampf und bei Aktionen

Linksaktiv ist unser Aktionsnetzwerk. Ob Wahlkampf, Aktionen oder Protest, ob für Klimaschutz, faire Mieten oder gegen Rassismus. Linksaktive reden nicht nur, sie tun was. Macht das Land gerecht und werdet jetzt www.linksaktiv.de

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
 V.i.S.d.P. Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer
 Druck: Mediaservice GmbH
 Redaktionsschluss: 16. Juli 2021

Gute Löhne für alle!

Für die Verkäuferin Farina Kerekes war die Corona-Zeit hart: Hamsterkäufe, entnervte Kunden und die Angst vorm Virus. Dabei ging es vielen ihrer Kolleg*innen im Einzelhandel noch schlechter: »Viele verdienen so wenig, dass sie beim Amt aufstocken müssen«. Die Beschäftigten in der Gastronomie hatten ebenfalls große Probleme. Lourenço Madeira arbeitet als Kellner in Stuttgart und hat erlebt, »wie Kolleg*innen ins Straucheln geraten sind«. Zwar gab es Kurzarbeitergeld, doch das betrug anfangs nur 60 Prozent. Von den niedrigen Löhnen blieb nach Abzug der teuren Stuttgarter Mieten nicht mehr viel übrig. Fakt ist: Die Beschäftigten aus dem Niedriglohnssektor traf die

Krise besonders stark. Eine Million Menschen verloren ihren Job. Wer ohne Tarifvertrag arbeitete, hatte schmerzhaft Einbußen. So mussten Beschäftigte bei einem Autzulieferer anfangs ihre Arbeitszeitkonten ins Negative laufen lassen, dann kam Kurzarbeit. Der Konzern, für den sie die Teile liefern, hat seinen Aktionären Dividenden in Milliardenhöhe ausgezahlt. Doch weil die Beschäftigten für eine Werkvertragsfirma arbeiteten, verdienen sie gerade mal ein Drittel vom Facharbeiterlohn im Großkonzern. DIE LINKE will, dass der erarbeitete Reichtum auch zu guten Löhnen und sicheren Arbeitsverhältnissen führt. Tarifverträge für alle! Kein Lohn unter 13 Euro pro Stunde und scharfe



Farina Kerekes will von ihrer Arbeit als Verkäuferin gut leben können.

Kontrollen, damit niemand um seinen Mindestlohn betrogen wird! Wir wollen, dass die Arbeit um das Leben kreist, nicht das Leben um die Arbeit. Wir wollen Arbeit, die ausreichend Zeit für Familie, Freunde und Freizeit lässt – mit kürzeren Arbeitszeiten und vollem Lohnausgleich.

»Wir machen uns stark für Gerechtigkeit«

Janine Wissler und Dietmar Bartsch führen DIE LINKE in die Bundestagswahl und haben große Ziele.

Janine Wissler
ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Die 40-jährige Politikwissenschaftlerin lebt in Frankfurt am Main in Hessen.

Dietmar Bartsch
ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Der 63-jährige Ökonom stammt aus Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern.



Krankenhaus soll Menschen gesund machen, nicht Profite abwerfen. Bartsch: Bei uns stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt, nicht Konzerninteressen. Wir wollen das beste Bildungssystem der Welt statt immer mehr Aufrüstung. Uns bedroht keine Armee, sondern soziale Ungerechtigkeit.

Was bedeutet das konkret?

Wissler: Unser Ziel ist, dass in einem so reichen Land niemand in Armut leben muss. Deshalb hat DIE LINKE Konzepte für eine Mindestsicherung und eine solidarische Mindestrente entwickelt. Außerdem muss man von der eigenen Arbeit leben können. Deswegen wollen wir Tarifverträge stärken und der Mindestlohn muss auf 13 Euro steigen. **Bartsch:** Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir abschaffen und die gesetzliche Rente stärken. Die Regel muss lauten: Alle zahlen ein! In Österreich sind die Renten im Durchschnitt 800 Euro höher, weil alle einzahlen. Bund und Länder müssen dringend investieren in Kitas und Schulen, in die Digitalisierung, den Ausbau von Bus und Bahn. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen und einen bundesweiten Mietendeckel.

Welche Ziele verfolgt

DIE LINKE beim Klimaschutz?

Bartsch: Heizen, Strom und Sprit werden immer teurer. Das ist Alibi-Politik, kein Klimaschutz. Mit unserem Programm erfüllen wir die Pariser Klimaziele. Wir stehen für einen wirksamen Klimaschutz, der den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer tiefer in die Tasche greift, sondern die Verursacher in die Pflicht nimmt und Alternativen schafft, statt Alternativloses immer teurer zu machen.

Welches Versprechen geben Sie den Menschen?

Wissler: DIE LINKE bleibt eine Friedenspartei, die für ein Verbot von Waffenexporten und für Abrüstung statt Aufrüstung eintritt.

Bartsch: Dass es mit uns einen Politikwechsel und kein Weiter so gibt. Alle anderen Parteien sind bereit mit CDU/CSU zu koalieren. Wir 100-prozentig nicht. Wer uns wählt, wacht nicht mit Laschet oder Lindner wieder auf.

Was bekomme ich, wenn ich bei der Bundestagswahl am 26. September für DIE LINKE stimme?

Janine Wissler: Ein Team, das sich stark macht für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Eine politische Kraft im Bundestag, die den Finger in die Wunde legt, Alternativen aufzeigt und einen

Politikwechsel erreichen will. Denn so wie bisher kann es nicht weitergehen.

Inwiefern?

Dietmar Bartsch: Wir wollen Entlastungen für die Mehrheit und Leistungsgerechtigkeit. Die meisten Menschen in Deutschland verdienen zu wenig und zahlen zu viel. Mit unserem Steuerkonzept haben Durchschnittsverdiener rund 100 Euro im Monat mehr in der Tasche. Insgesamt brauchen wir höhere Löhne und höhere Renten – u. a. eine Rentenkasse, in die alle einzahlen.

der blinde Fleck der Pandemiebekämpfung und viele Selbstständige standen Monate ohne Hilfen im Regen.

Wissler: Zudem steht jetzt die nächste große Frage an: Wer zahlt für all die Milliardenhilfen? Auch darum geht es bei der Bundestagswahl.

Welche Vorschläge macht DIE LINKE?

Bartsch: Wir wollen das Grundgesetz anwenden. Das sieht die Möglichkeit einer einmaligen Vermögensabgabe ausdrücklich vor. Würde nur 0,7 Prozent der Bevölkerung treffen und dafür sorgen, dass nach der Krise nicht die Axt an Sozialleistungen, Renten und Investitionen in Kitas oder Schwimmbäder gelegt wird. Unser Vorschlag ist ein Gebot der Fairness.

Wissler: Eine weitere Lehre aus Corona ist: Viele gesellschaftliche Bereiche sind zu wichtig, um sie dem Markt und Wettbewerb preiszugeben. Das gilt auch für Gesundheit und Pflege. Ein

»Bei uns stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt, nicht Konzerninteressen.«

DIETMAR BARTSCH

Deutschland ist doch vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen.

Wissler: Einige schon, für viele Menschen gilt das aber nicht. Mehr als 90 000 Menschen sind gestorben. Kinder durften nicht zur Kita und zur Schule, aber ihre Eltern mussten trotz Infektionsgefahr in Großraumbüros und Lagerhallen arbeiten. Während die Regierung die Eigentümer vieler Konzerne mit Steuergeld überhäufte, haben eine Million Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren und viele haben große Existenzsorgen.

Bartsch: Die Große Koalition hinterlässt das Land sozial, kulturell und politisch tief gespalten. Gut durch die Krise gekommen sind besonders Abgeordnete der Union, die sich mit Maskendeals Millionen in die Taschen gesteckt haben und die Milliardäre dieses Landes, deren Reichtum explodiert ist. Gleichzeitig waren Familien und Kinder

»Unser Ziel ist, dass in einem so reichen Land niemand in Armut leben muss.«

JANINE WISSLER



Daniel Seiffert (2)



Liebe Leserinnen und Leser,

im Sommer 2021 sehen die Dinge ein bisschen besser aus, als in den letzten Monaten. Wir hatten uns so sehr an Einschränkungen gewöhnt, dass schon ein bisschen Freiheit wie das größte Geschenk erscheint. Aber viele können noch nicht aufatmen: Theater, Kinos und die Gastronomie müssen erst wieder auf die Beine kommen. In etlichen Familien herrscht Existenzangst, weil nach Monaten der Kurzarbeit immer noch nicht klar ist, ob die Arbeitsstelle die Pandemie überlebt. Meine Stammkneipe hat es gerade so geschafft durchzukommen. Aber wer über die Dörfer fährt, sieht viele Läden und Lokale, die vielleicht nie wieder aufmachen werden. Damit verlieren Nachbarnschaften ein Stück ihrer Identität, einer gemeinsamen Geschichte – wenn jetzt nichts getan wird. Was für die Bevölkerung eine Krise ist, war für andere eine Goldgrube. Während die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 170 Milliarden Euro geschrumpft ist, ist das Vermögen der Milliardäre 2020 um mehr als 100 Milliarden Euro angewachsen.

»Die Ungerechtigkeit war schon vor der Corona-Krise unerträglich, und sie ist noch größer geworden.«

Kurzarbeit geschickt, gleichzeitig aber ununterbrochen Dividenden an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Kurz gesagt: Das war eine indirekte Verteilung von Steuermitteln an diejenigen, die Staats-



Jan Korte,
Listenplatz 1

Die Autokonzerne Daimler und BMW haben ihre Beschäftigten mit Staatshilfen in

geld am wenigsten benötigt haben. Die Ungerechtigkeit im Land war schon vor der Corona-Krise unerträglich. Und sie ist noch größer geworden, weil die Bundesregierung in der Krise vor allem großen Unternehmen und Aktionären geholfen hat. Schul- und Kitakinder, sozial Benachteiligte, Selbstständige, Minijobber in der Gastronomie und viele andere sind hinten runtergefallen. Leute, für

»Abgeordnete werden von der Bevölkerung gewählt, nicht von Lobbyisten.«

die die Bundesregierung auch in den Jahren vor der Pandemie schon zu wenig getan hat. Dabei werden Abgeordnete von der Bevölkerung gewählt, nicht von Lobbyisten! Die Bundestagswahl ist dieses Jahr besonders wichtig,

weil es um die Frage geht: Übernimmt die nächste Regierung Verantwortung für die Allgemeinheit? Traut sie sich, den Mächtigen auf die Füße zu treten und eine Vermögensabgabe für Superreiche einzuführen? Denn nur dann haben wir genug Geld für gute Schulen, für die Kommune mit der Bibliothek, dem Schwimmbad und dem Jugend- und Seniorentreff. Traut sich die nächste Regierung, das Gesundheitssystem statt am Profit der Krankenhauskonzerne? Und traut sie sich, Arbeitgebern, die ihre Beschäftigten nur als Kostenfaktor sehen, Leiharbeit und Befristungen zu verbieten, damit das Leben wieder planbar wird?

Die einzige Partei im Bundestag, die diesen Mut hat, ist DIE LINKE. Und je stärker DIE LINKE wird, desto größer ist die Chance auf einen Aufbruch in ein neues, solidarisches Land.

Ihr Jan Korte

Wissen fördern und teilen ist eine Überlebensfrage

Wie wichtig Wissenschaft für unser aller Leben sein kann, hat sich während der Corona-Pandemie gezeigt. Forscher*innen ist es gelungen, in Kürze Impfstoffe zu entwickeln und Impfungen zu ermöglichen. Tausende und Abertausende Leben wurden gerettet. Da schnell große Mengen an Steuergeldern zur Verfügung standen, war es der Forschung möglich, schnelle Fortschritte zu erzielen.

Allerdings haben die Regierungen in Deutschland und anderen EU-Staaten versäumt, ihre Fördermittel an Mitspracherechte zu knüpfen. Der Staat hat sich weder Patentrechte gesichert noch Unternehmen verpflichtet, zum Herstellerpreis zu verkaufen. Damit werden mit öffentlichen Mitteln die Profite von Konzernen gefördert, obwohl deren Produkte für die Menschen lebenswichtig sind. Das zeigt: Wenn et-

was schnell und für alle zur Verfügung stehen muss, darf man es nicht dem Markt überlassen.

Wir stehen vor großen Umwälzungen, die uns alle betreffen. Eine weitere Epidemie ist nicht ausgeschlossen, wie wollen wir uns besser wappnen? Wir müssen Antworten auf den Klimawandel und seine bedrohlichen Folgen finden. Wie können wir Energie effektiver nutzen und mehr CO₂ einsparen? Wie können wir weltweit die Ernährung für alle sichern? Wie können wir unsere Wälder schützen? Hier läuft uns die Zeit davon. Und wir brauchen mehr Forschung zu sozialen Entwicklungen. Wie können wir Kindern und Jugendlichen einen besseren Start ins Leben ermöglichen? Wie begegnen wir den sozialen Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt?

Gute Forschung braucht gute Rahmenbedingungen. Das bedeutet, dass Forscher*innen, die Lehrenden und Lernenden endlich Verlässlichkeit brauchen. Kein Druck durch ständige Befristung von Mitteln, Projekten und beruflichen Perspektiven. Kein Betteln um Mittel aus befristeten öffentlichen Förderprogrammen. Studieren unter-

halb der Armutsgrenze und prekäre akademische Beschäftigung müssen beendet werden. Daher will DIE LINKE das Sonderbefristungsrecht wieder abschaffen. Unbefristete Beschäftigung muss der Regelfall werden. Sonst bleibt für den kritischen Austausch in der Wissenschaft und zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu wenig Raum.

Forschung und Lehre müssen nicht nur besser finanziell ausgestattet und damit unabhängig von privaten Geldgebern sein, sie müssen auch ihre mit Steuermitteln gewonnenen Erkenntnisse der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Das Wissen, das wir gemeinsam brauchen, um

solidarisch zusammenzuleben, um zu ÜBERleben und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern, muss gemeinsam gewonnen, geteilt und angewendet werden. Im Bundestag kümmere ich mich um Wissenschaft und Forschung und möchte weiter dafür streiten, dass gute Forschung gute Bedingungen hat und nicht Profitinteressen unterworfen wird. Denn Wissen zu fördern und zu teilen, ist eine Überlebensfrage.

»Wenn etwas schnell und für alle zur Verfügung stehen muss, darf man es nicht dem Markt überlassen.«



Petra Sitte
ist Bundestags-
abgeordnete
aus Halle
und tritt auf
Listenplatz 2 an.

Neue Schule braucht das Land!

Die Pandemie hat's gezeigt: Unser Schulsystem ist keines für die Zukunft. Wir brauchen neue Pfade für gute Bildung.

Lernen unter sicheren Bedingungen! In der Pandemie haben geschlossene Schulen und Distanzunterricht arme und benachteiligte Kinder besonders hart getroffen. Wir wollen ein Krisenmanagement, mit dem Lernen unter sicheren Bedingungen möglich ist. Eine Betreuung für Kinder in Not soll jederzeit gesichert sein. Schulen müssen geschützte Räume für Bildung und soziale Begegnungen sein.

Die Mangelwirtschaft muss beendet werden! Für eine gerechtere Schule brauchen wir mehr Räume, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen. Und einen Digitalisierungsschub, der

die dauerhafte Versorgung mit digitalen Geräten für alle Schüler*innen mit offener Software, leistungsfähigem Internet und IT-Betreuung absichert und Lehrkräfte in digitalen Kompetenzen weiterbildet. Dafür fordert DIE LINKE ein Milliardenprogramm – für alles, was gutes Lernen ermöglicht.

Gemeinsam lernen! Bildung hängt hierzulande immer noch vom Geldbeutel der Familie ab, das ist ein Skandal. Das gegliederte Schulsystem ist ein Brandbeschleuniger sozialer Ungleichheit. Wir meinen: Vielfalt ist Quelle von Bildung, nicht Einfalt und Gleichschritt. Die Gemeinschaftsschule setzt auf Stärken, statt zu sortieren, und erlaubt Lernen unter einem Dach – ganztägig, demokratisch und selbstbestimmt. Das wollen wir fördern.



Birke Bull-Bischoff, Listplatz 3

Bildungsgerechtigkeit bundesweit regeln! Ein Wirrwarr von Abschlüssen und Schulformen, ungleiche Bildungschancen, zersplitterte Zuständigkeiten – so kann Bildungsgerechtigkeit nicht gelingen. Wir wollen eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankern. Bundesweit muss gelten: Gebührenfreiheit für öffentliche Angebote, gleiche Ziele, Rechte und Standards, vergleichbare Abschlüsse und Durchlässigkeit, Sicherung der Fachkräfte und bedarfsgerechte Finanzierung. Länder und Schulträger gestalten gemeinsam das, was vor Ort gebraucht wird.

Lernen verändern! Erfolgreiches Lernen geschieht durch Ausprobieren und Neugier, durch Praxisbezug und in Gemeinschaft. Schule muss nicht nur Lernort, sondern auch Lebensort sein.



Den Osten nicht vergessen!

Rund 700 Euro liegen die Bruttolöhne in Ost und West immer noch auseinander. Nach wie vor wird im Osten trotz weniger Geld länger gearbeitet. Hunderttausende warten immer noch auf die vollständige Anerkennung ihrer DDR-Rentenansprüche: geschiedene Frauen, Kumpel aus der Bergbauveredelung, Ingenieur*innen,

Eisenbahner*innen und viele andere. Eine Mini-Entschädigung hat die Regierung nun in Aussicht gestellt – und auch nur für diejenigen, die eine Armutsrente bekommen. Respekt und Anerkennung der viel beschworenen Lebensleistungen sehen anders aus. Doch die Ungerechtigkeiten bei der Rente treffen nicht nur die Alten, nein,

auch die jungen Menschen im Osten werden auf ihrem Rentenbescheid der-einst vorgerechnet bekommen, wo sie herkommen. Ostdeutsch soll noch auf Dauer ein Makel bleiben.

Ich habe seit 2018 versucht, als Ostbeauftragter der Linksfraktion im Bundestag diese und andere Themen beharrlich auf die Tagesordnung zu setzen. Es ging und geht mir dabei nie ums Jammern. Es ging immer um Würde und Respekt. Es ging und geht um Sichtbarkeit. In der Politik, in den Rundfunkanstalten, den Universitäten, den Forschungseinrichtungen, in der Kultur, der Wirtschaft, der Bundeswehr – überall gibt der Westen den Ton an. Wer will, dass ostdeutsche Interessen endlich selbstverständlich vorgetragen und umgesetzt werden, muss genau daran etwas ändern.

Ich bin sicher, die meisten privaten Beratungsfirmen kommen auch aus dem Westen. In den Ministerien gehen Berater ein und aus. 433 Millionen Euro hat die Bundesregierung allein im letzten Jahr für diese Leute ausgegeben. In Berührung mit diesem Thema kam ich im Verteidigungsausschuss. Es galt, den Beraterskandal von Ursula von der

Leyens Ministerium aufzuklären. Am Ende war klar, regelmäßig wurden Vergaberegeln gebrochen und Geschäfte unter Freunden abgeschlossen.

Apropos Steuergeld: Seit 2014 sind die Rüstungsausgaben in Deutschland um rund 50 Prozent gestiegen. Und sie sollen weitersteigen. Angeblich ist das alles nötig, um unsere Sicherheit zu garantieren. Wovon wir in diesen Zeiten real bedroht werden, haben wir in den letzten Monaten gespürt. Wie dringend hätten wir diese Milliarden bei der Bekämpfung des Corona-Virus benötigt. Wie sinnvoll wäre es doch gewesen, in den letzten Jahren in ein funktionierendes Gesundheitssystem zu investieren, anstatt in neue Kampfschiffe für rund eine Milliarde Euro pro Stück.

Wenn ich durch die wunderbare Altmark fahre, meinen Wahlkreis im Norden Sachsen-Anhalts, dann begegnen mir all diese Themen, und auch im übrigen Land. Soziale Sicherheit für alle, ein funktionierender Staat, eine friedliche Politik mit unseren Nachbarn – das sind die Themen dieser Zeit, auch bei dieser Bundestagswahl.

Matthias Höhn, Listplatz 4



In Deutschland herrscht Pflegenotstand. Wie viele Pflegekräfte will DIE LINKE zusätzlich für Krankenhäuser und Pflegeheime gewinnen?

J: 130 000
K: 50 000
L: 200 000

Armut ist in Deutschland weit verbreitet. Wo liegt für DIE LINKE die Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen?

G: 446 Euro
H: 865 Euro
I: 1.200 Euro

Der Bestand an Sozialwohnungen geht seit Jahren zurück. DIE LINKE will gegensteuern und fordert ein Neubauprogramm. Wie viele Sozialwohnungen sollen so pro Jahr bundesweit entstehen?

M: 65 000
N: 250 000
O: 100 000

DIE LINKE will einen öffentlichen Transformationsfonds, der klimagerechte Arbeitsplätze für die Zukunft sichert und ein ökologisches Umsteuern fördert. Wie viele Jobs könnten so bis 2025 entstehen?

I: 130 000
J: 300 000
K: 1 000 000

Deutschland exportiert weiterhin Waffen in Krisengebiete, auch ins autokratisch regierte Ägypten. Welches Waffensystem lieferte Deutschland 2020 an Diktator al-Sisi?

E: U-Boot
F: Panzerhaubitzen
G: Luft-Boden-Raketen

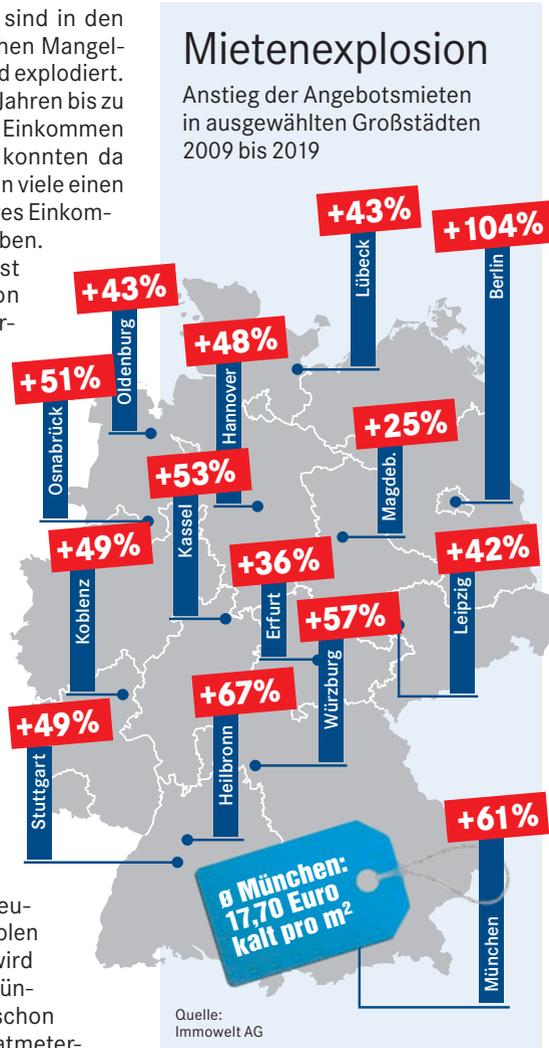
Lösungswort:

Die Teilnahme am Gewinnspiel ist für alle möglich, ausgenommen Mitarbeiter*innen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinner sind der Rechtsweg und Barauszahlung ausgeschlossen. Die Lösung bitte bis zum 31. September 2021 senden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per E-Mail an: gewinnen@die-linke.de. Alle Teilnehmenden stimmen zu, nach Ermittlung der Gewinner*innen eine Benachrichtigung zu erhalten, ob sie gewonnen haben oder nicht. Zum Zwecke der Benachrichtigung bitten wir auch bei postalischer Antwort um die Angabe einer E-Mail-Adresse. Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke der Benachrichtigung aller Teilnehmenden nach Abschluss des Rätsels verarbeitet und nach Benachrichtigung vollständig gelöscht. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz.

Die Mieten müssen runter!

Damit die Mieten sinken, braucht es einen bundesweiten Mietendeckel.

Bezahlbare Wohnungen sind in den meisten Städten inzwischen Mangelware, denn die Mieten sind explodiert. Allein in den letzten zehn Jahren bis zu einer Verdoppelung. Die Einkommen der meisten Menschen konnten da nicht mithalten. So müssen viele einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Der Wohnungsmarkt ist zum Tummelplatz von profitgierigen Konzernen geworden. Ganze Wohnungsbaugesellschaften und Bauland wurden an Miethäuser verschleudert. Der soziale Wohnungsbau ist fast zum Erliegen gekommen. Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Oft wird behauptet, es müsse einfach mehr gebaut werden. Doch gerade in Städten, in denen viel gebaut wird, werden die Wohnungen teurer. Denn es werden vor allem Luxuswohnungen gebaut. In den beiden teuersten deutschen Metropolen München und Frankfurt wird am meisten gebaut. In München mussten Familien schon 2019 für eine 100-Quadratmeter-



Wohnung eine Warmmiete von rund 2.500 Euro zahlen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahrzehnten wenig für Mieter*innen getan. Sie hat tatenlos zugeschaut, wie die Mieten – und damit die Gewinne der Immobilienunternehmen – explodiert sind. Im Jahr 2015 hat die Regierung zwar eine Mietpreiskontrolle erlassen. Doch den drastischen Anstieg der Mieten hat sie nicht verhindert. Stattdessen hindert sie die Bundesländer daran, etwas gegen den Mietensinn zu tun. CDU und FDP haben dieses Jahr den Berliner Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Die Immobilienlobby bedankt sich mit großzügigen Parteispenden. Allein die CDU hat hier im letzten Jahr Großspenden in Höhe von 1,25 Millionen Euro eingestrichen. Denn die hohen Mieten sind die Gewinngarantie für die Immobilienkonzerne.

DIE LINKE will verhindern, dass in Städten nur noch die Besserverdienenden wohnen, während Normalverdiener*innen weite Anfahrtswege auf sich nehmen müssen. Sie stemmt sich dagegen, dass Beschäftigte aus Vorstädten und Dörfern stundenlang unterwegs sind, weil sie sich nur noch dort eine Wohnung oder ein Haus leisten können. Es ist Zeit, die Notbremse gegen den Mietensinn zu ziehen und sich mit der Immobilienlobby anzulegen. Die Zeit ist reif für einen bundesweiten Mietendeckel, der Mieterhöhungen verbietet, Obergrenzen für Mieten festlegt und überhöhte Mieten wieder absenkt. Der Berliner Mietendeckel wurde vom Verfassungsgericht kassiert, weil solche Gesetze nur auf Bundesebene erlassen werden dürfen. Nun denn: Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 entscheiden die Mieter*innen. Die Zeit zu Handeln ist jetzt.

Das will DIE LINKE:

- **Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!**
Bundesweiter Mietendeckel: Mieterhöhungen verbieten, Mietobergrenzen festlegen und überhöhte Mieten absenken.
- **Neubau für alle – statt Luxuspaläste für Reiche!**
250 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr – mindestens!
- **Wir holen uns unsere Wohnungen zurück!**
Immobilien-Konzerne enteignen, Vorkaufsrecht für Kommunen stärken, Genossenschaften besser fördern

Klimaschutz: Konzerne sollen zahlen

Wie können wir die Klimakatastrophe verhindern? Derzeit sind viele Vorschläge auf dem Tisch: Verbote für die kleinen Leute, Anreize und Geldspritzen für die Konzerne. Wir sagen: Das ist falsch! Zweidrittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. So ist der Shell-Konzern von einem Gericht in den Niederlanden verurteilt worden, seinen CO₂-Ausstoß massiv zu senken. Das ist ein richtiger Schritt! Nehmen wir die Konzerne in die Verantwortung! Klar ist: Wenn wir die Katastrophe verhindern wollen, müssen wir unseren

Alltag ändern. Noch wichtiger ist es, den großen Konzernen strenge Vorgaben zu machen. Sie nicht nur mit Geld und Steuererleichterungen zu locken, während sie Milliarden für ihre Aktionäre scheffeln. Denn diese Steuergeschenke zahlen wir alle! DIE LINKE ist als einzige Partei bereit, sich mit den Konzernen anzulegen. Wir sorgen für faire Übergänge für alle in eine klimagerechte Zukunft. Niemand soll gezwungen sein, sich zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden zu müssen. Wer jetzt schon mit seinem Geld kaum über die Runden kommt, darf durch Klimaschutz nicht weiter benachteiligt werden. DIE LINKE will Job- und Einkommensgarantien für alle, die in Industrien im Übergang beschäftigt sind (»Transformationsfonds«). Wir müssen schnell raus aus Kohle und Atomstrom! Deshalb wollen wir erneuerbare Energien mehr fördern. Der Strom soll in Bürger*innenhand: Stadtwerke und Energiegenossenschaften, die sozial gestaffelte Preise bieten. Wir besteuern große Vermö-



Zwei Drittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht.

gen und Erbschaften und finanzieren damit klimaneutrale Arbeitsplätze: In der Produktion von Schienen, Bus und Bahn und im Aufbau von Bildung, Erziehung und Gesundheit. Klimaschädliche Subventionen sparen wir ein: Keine Industrierabatte bei Ökosteuer und Netzentgelten und Schluss mit den Milliarden-Subventionen für Diesel und Kerosin.



»Wir sind Klimaretter und Teil der Verkehrswende. Trotzdem müssen wir immer wieder um faire Bezahlung kämpfen. Das ist ungerecht.«
Thomas Lutringer,
Busfahrer

5 Schritte zum ÖPNV für alle

1. Bundesprogramm zur Förderung von mehr Strecken, bessere Taktung, mehr Personal, Fahrpreissenkungen. Mobilitätsgarantie auf dem Land
2. 15 Modellprojekte in Städten mit der höchsten Luftverschmutzung: Was wird besser mit dem kostenfreien ÖPNV?
3. Kinder, Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit geringem Einkommen fahren ab sofort kostenfrei.
4. 365 Euro Jahres-Tickets
5. flächendeckend ÖPNV kostenfrei

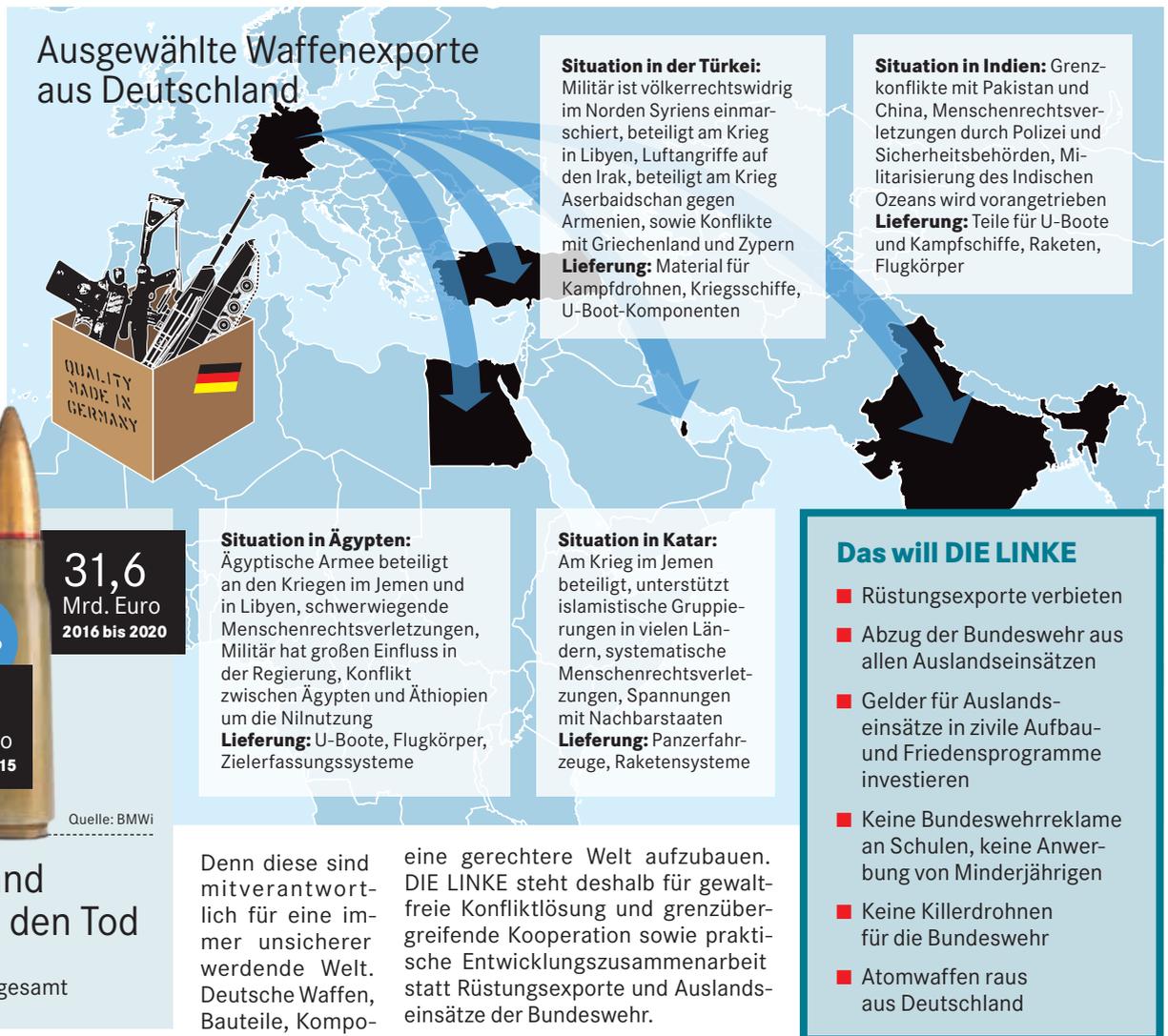
Nebenwirkungen: bessere Luft, weniger Stress, bessere Verbindungen, 200 000 neue Arbeitsplätze, lebenswerte Städte

Waffenexporte verbieten

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die das Geschäft mit dem Tod stoppen will.

Immer dann, wenn es um Pflegekräfte, Sozialwohnungen, Kitaplätze oder Schulen geht, ist das Geld in Deutschland knapp. Wenn es aber um Panzer, Drohnen oder Kampfflugzeuge oder Bauteile dafür geht, gibt es Geld im Überfluss. Die Ausgaben für Rüstung steigen seit Jahren – selbst während der Coronapandemie. Seit Jahren beteiligt sich Deutschland an einem von der NATO angefeuerten Rüstungswettlauf. Das Ziel lautet: Jedes Nato-Mitglied soll so viel Geld wie möglich für Rüstung ausgeben – mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und seit Jahren tun Union und SPD alles, um dieses Ziel zu erreichen (siehe Grafik »So wird Deutschland hochgerüstet«). Unser Ziel ist, die Ausgaben für Rüstung in den kommenden Jahren drastisch zu senken – um 10 Prozent jährlich, in Deutschland und weltweit. Denn diese Milliarden fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der sozialen Infrastruktur, bei Bildung und Klimaschutz – in unserem Land und auch in anderen Regionen der Welt.

Derzeit befinden sich circa 2000 Soldat*innen der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. Diese Einsätze haben die Welt jedoch nicht sicherer, sondern nur unsicherer gemacht. Das zeigt der nach 20 Jahren gescheiterte Einsatz in Afghanistan. Wir wollen Alternativen: Der Katastrophenschutz muss besser ausgestattet und zudem mehr Geld für gerechte Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Das hilft allen. Dazu gehört auch, endlich konsequent Waffenexporte zu verbieten.



Deutschland exportiert den Tod

Rüstungsexportgenehmigungen gesamt

Denn diese sind mitverantwortlich für eine immer unsicherer werdende Welt. Deutsche Waffen, Bauteile, Komponenten und Zube-

eine gerechtere Welt aufzubauen. DIE LINKE steht deshalb für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation sowie praktische Entwicklungszusammenarbeit statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Das will DIE LINKE

- Rüstungsexporte verbieten
- Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- Gelder für Auslandseinsätze in zivile Aufbau- und Friedensprogramme investieren
- Keine Bundeswehrreklame an Schulen, keine Anwerbung von Minderjährigen
- Keine Killerdrohnen für die Bundeswehr
- Atomwaffen raus aus Deutschland



Wir sind **DIE LINKE.** nicht käuflich!

DIE LINKE nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten. So bleiben wir unabhängig.

Deshalb sind Spenden von Menschen wie Ihnen so wichtig für DIE LINKE. Mehr unter: www.die-linke.de/spenden

DIE LINKE. Parteivorstand
 IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
 BIC: BEVODE33
 Berliner Volksbank eG
 Kennwort: Spende

Gleiche Rechte für alle!

Deutschland ist Heimat für Menschen mit unterschiedlichen Geschichten. Aber viele Menschen dürfen nicht wählen, obwohl sie seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Mit dem »falschen« Nachnamen oder Aussehen gehen plötzlich viele Türen zu: bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der Bewerbung auf eine Arbeitsstelle. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind häufiger von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Auch weil sie durch unsicheren Aufenthaltsstatus leichter in schlechte Löhne gedrängt werden können. Wir sagen: Diskriminierung und Rassismus nicht mit uns! Ungleiche Löhne, ungleiche Chancen auf ein gutes Leben zwischen Männern

und Frauen, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Deutschen und Nichtdeutschen schaden uns allen. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung und die jede*n mitnimmt. Entscheidend ist für uns, dass alle, die hier leben, gleiche Rechte haben - in allen Lebenslagen. Mit einem funktionierenden Sozialstaat und guten öffentlichen Dienstleistungen. Wir wollen, dass Demokratie mehr ist, als alle vier Jahre unsere Stimme abzugeben. Demokratie soll heißen: Das ist unser Land, unsere Stadt, unser Betrieb, unsere Gesellschaft. Hier sind wir zu Hause, hier bestimmen wir zusammen über unsere Zukunft.



»Jeder Mensch, der fliehen muss, sollte Schutz und eine Perspektive bekommen. Wer Waffen exportiert, befördert Krieg und zwingt Menschen, ihre Heimat zu verlassen.«
Hani Balbicy, Geflüchteter

So machen wir das Land gerecht

Deutschlands Reiche haben in der Corona-Krise Milliarden gemacht, holen wir uns das Geld zurück.

Die Familie Albrecht, der Aldi Nord und Süd gehören, besitzt fast 60 Milliarden Euro. Sie zählt zu den Superreichen in unserem Land – und zu den größten Profiteuren der Corona-Krise. Ihr Vermögen ist im letzten Jahr um 6,5 Milliarden Euro gewachsen. Um so viel zu verdienen, müsste eine Aldi-Kassiererin mehr als 300 000 Jahre arbeiten.

Deutschland gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Doch noch nie war das Geld hierzulande so ungleich verteilt: Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Jahrzehntelang ist in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden. 1997 wurde sie abgeschafft. Das Ergebnis: Die Reichen werden immer reicher. Auf der anderen Seite fehlt das Geld:

In vielen Schulen funktionieren die Toiletten nicht, Krankenhäuser werden privatisiert oder geschlossen. Immer weniger Kinder lernen schwimmen, weil Schwimmbäder schließen. Es fahren nicht genug Busse und S-Bahnen. Es fehlen Lehrer*innen und Erzieher*innen. Für DIE LINKE ist klar: Geld ist genug da. Es ist nur falsch verteilt.

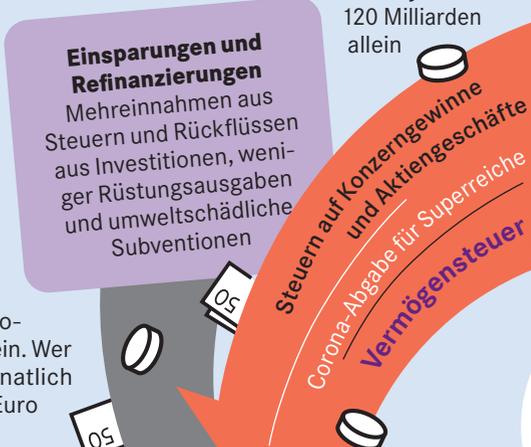
Geld ist genug da – es ist nur falsch verteilt

Die Steuern auf große Vermögen – wie das der Familie Albrecht – müssen erhöht werden. Auch bei der Einkommensteuer muss es gerechter zugehen: Auf Spitzen einkommen müssen mehr Steuern gezahlt werden. Hingegen sollen Einkommen unter 1.200 Euro im Monat steuerfrei sein. Wer als Single monatlich bis zu 6.500 Euro brutto

bekommt, zahlt weniger Einkommensteuern als bisher. Wer mehr hat, mehr.

Wenn auch Vermögen und hohe Einkommen angemessen an der Finanzierung der Aufgaben, die uns alle angehen, beteiligt werden, steht mehr Geld zur Verfügung: für Schulen und bezahlbare Wohnungen. Für mehr Personal und bessere Bezahlung in Gesundheit und Pflege. Mit unserem Zukunftsinvestitionsprogramm können wir eine Million gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Wir

wollen jährlich über 120 Milliarden allein für dringend benötigte Investitionen ausgeben, den Sozialstaat sichern und einen Rettungsschirm für Beschäftigte aufspannen, deren Branchen sich grundlegend wandeln. Dann wäre Deutschland wirklich ein reiches Land.

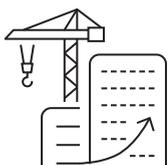


Bessere Gesundheit

- Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in öffentliche Hand holen
- 500 Euro mehr Grundgehalt pro Monat für alle Pflegekräfte
- Abschaffung der Zweiklassenmedizin

Soziale Sicherheit

- Armut beenden: Rentenerhöhung und 1.200 Euro Mindestrente
- höheres Kindergeld/ Kindergrundsicherung
- Hartz IV überwinden

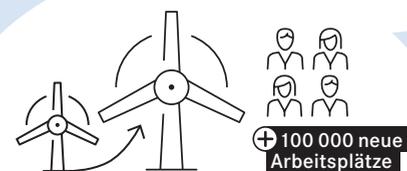


Mehr bezahlbare Wohnungen

- 250 000 Sozialwohnungen jährlich
- 130 000 kommunale Wohnungen pro Jahr
- ökologische Modernisierung nicht auf Kosten der Mieter*innen

Rettungsschirm für Beschäftigte

- keine Entlassungen durch ökologischen Umbau
- Arbeitszeitverkürzung
- Weiterbildungsgarantie



Energiewende

- erneuerbare Energien
- Netzausbau für schnelles Internet fördern



Gute Bildung für alle

- Schulen renovieren
- Laptops für alle
- mehr Kitaplätze
- mehr BAföG



Verkehrswende

- kostenfreien ÖPNV fördern
- Bus und Bahn fahren öfter
- Förderung von Schienenverkehr und Schienenproduktion

Klimaschutz



»Ich wähle DIE LINKE, damit in unserem reichen Land keine Rentnerin und kein Rentner im Alter von Stütze leben muss.«
Delia Hinz, Rentnerin

1.200 Euro Mindesteinkommen statt Armut

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Niemand sollte hier in Armut leben müssen. Nicht die erwerbslose Mutter, die ihrem Kind keinen neuen Schulranzen kaufen kann. Nicht der Rentner, der Pfandflaschen sammeln muss, um über den Monat zu kommen. Nicht die Beschäftigten in Kurzarbeit, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Familie durch diese schwierige Zeit bringen sollen. Doch das ist leider viel zu häufig traurige Realität. Armut grenzt die Menschen aus, gerade in

einem reichen Land. Mit weniger als 1.200 Euro im Monat droht Armut. Um alle sicher vor Armut zu schützen, will DIE LINKE deshalb eine Mindestsicherung von 1.200 Euro statt Hartz IV. Eine Mindestrente von 1.200 Euro verhindert Altersarmut. Corona hat deutlich gemacht: Wer ohnehin wenig verdient und dann nur noch 60 oder 67 Prozent des

Mehr zu unserem Wahlprogramm: die-linke.de/wahlen



Lohns erhält, kann davon nicht mehr leben. Deswegen darf auch in Kurzarbeit niemand weniger als 1.200 Euro verdienen. Außerdem darf niemand dadurch arm werden, dass das schmale Einkommen versteuert wird und deshalb am Ende weniger als 1.200 Euro übrig bleiben. Deshalb werden 1.200 Euro im Monat steuerfrei.